



Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kaiserswerth“ der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 30.05.2007

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf hat am 21.03.2024 auf der Grundlage des § 162 Baugesetzbuch (BauGB), in der zurzeit gültigen Fassung, folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Aufhebung des Sanierungsgebietes

(1) Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kaiserswerth“ der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 30.05.2007, rechtsverbindlich durch öffentliche Bekanntmachung im Düsseldorfer Amtsblatt, Ausgabe Nr. 25, 23.06.2007, wird aufgehoben.

(2) Das aufgehobene Sanierungsgebiet wird durch die nachfolgenden Begrenzungen bestimmt:

Gemarkung Kaiserswerth

- 1** Flur 4
 - Weg Am Unteren Werth, Flurstück 136 (einschließlich)
 - entlang der südlichen Grundstücksgrenze Arnheimer Straße 22 (ausschließlich)
- 2** Flur 9
 - Verbindungslinie Arnheimer Straße 22 bis Südgrenze Arnheimer Straße 19 (ausschließlich)
 - in südlicher Richtung entlang der Straßenbahngleise (ausschließlich)
 - entlang der östlichen Straßenseite der Niederrheinstraße einschließlich Flurstücke 691, 692
- 3** Flur 10
 - östliche Straßenseite der Niederrheinstraße (einschließlich) bis Parkplatz Niederrheinstraße ("Dreiecksparkplatz" (einschließlich))
 - östliche Straßenseite der Niederrheinstraße (einschließlich) bis Kittelbach
- 4** Flur 5
 - Kittelbach (einschließlich)
 - in nordwestlicher Richtung entlang des Südufers Kittelbach bis
 - Herbert-Eulenberg-Weg (einschließlich) in nördlicher Richtung bis Leinpfad
- 5** Flur 4
 - Leinpfad (Flurstücke 85 (einschließlich) und 143 (teilweise einschließlich))

- in östlicher Richtung den Herbert-Eulenberg-Weg kreuzend entlang des Weges Am Unteren Werth bis zum Ausgangspunkt Am Unteren Werth (einschließlich)

(3) Maßgeblich für den räumlichen Geltungsbereich des aufgehobenen Sanierungsgebietes ist die in dem Plan 5185/027 dargestellte gekreuzte Umrandung.

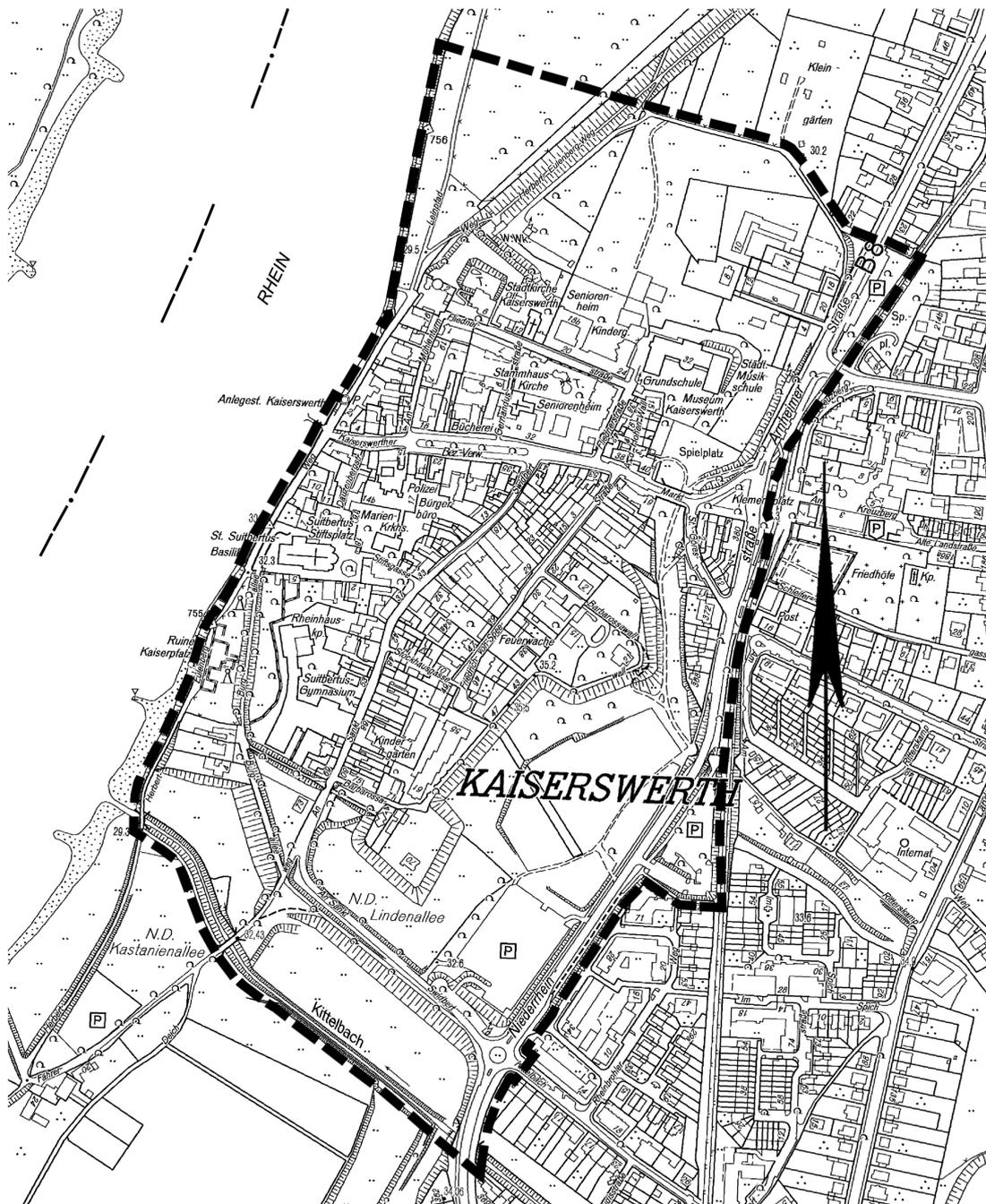
§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft (§ 162 Abs. 2 S. 4 BauGB).

Satzung wird rechtsverbindlich

Nachstehende Satzung ist vom Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf gemäß § 162 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit geltenden Fassung am 21.03.2024 beschlossen worden:

Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kaiserswerth“ der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 30.05.2007 einschließlich Plan Nummer 5185/027



Bekanntmachungsanordnung

Die vom Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschlossene Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kaiserswerth“ der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 30.05.2007 einschließlich Plan Nummer 5185/027 wird gemäß § 162 Abs. 2 S. 3 i. V. m. § 10 Abs. 3 BauGB in der zurzeit geltenden Fassung öffentlich bekannt gemacht.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die vorgenannte Satzung in Kraft.

Die Satzung einschließlich Plan liegt vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beim Vermessungs- und Katasteramt, Brinckmannstraße 5, Erdgeschoss, zur Einsicht aus.

Ferner ist der Plan künftig auch über die Homepage der Landeshauptstadt Düsseldorf unter <https://www.duesseldorf.de/bekanntmachungen.html> einzusehen.

Es wird auf folgendes hingewiesen:

1. Unbeachtlich werden gemäß § 215 BauGB in der zurzeit geltenden Fassung
 - a) eine nach § 214 Abs. 1 S. 1 Nrn. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 - b) eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 - c) nach § 214 Abs. 3 S. 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf, Stadtplanungsamt, Brinckmannstraße 5, 40225 Düsseldorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a beachtlich sind.
2. Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann beim Zustandekommen einer Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung (öffentliche Bekanntmachung) nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt (§ 7 Abs. 6 der GO NRW).

Düsseldorf, 07.05.2024

61/13 – Kaiserswerth



Dr. Stephan Keller
Oberbürgermeister